

Gianni Ghisla
Comano

Demokratie- und Didaktikprüfung für die Sprachen?

Eine Entgegnung auf Philippe Perrenoud

Philippe Perrenoud si chiede, tra l'ironico e il provocatorio, se una scuola che non è in grado di insegnare bene due lingue ne debba necessariamente introdurre una terza. Lo fa con un'analisi da cui trae le seguenti conclusioni:

- l'introduzione di una terza lingua va sostanzialmente a svantaggio degli allievi deboli provenienti dalle classi economicamente e culturalmente meno abbienti. Essa è l'espressione di una politica fatta per le classi medie e tesa a stabilizzare rapporti di forza e privilegi esistenti.

- la scuola non dispone di fatto delle risorse necessarie per insegnare bene e efficacemente una terza lingua. Il prezzo da pagare sarebbe oltremodo spropositato.

- molto più ragionevole sarebbe concentrare gli sforzi sull'insegnamento delle competenze di base che sono vitali per gli allievi con difficoltà e svantaggiati.

Dobbiamo dunque far fare gli esami di democrazia e di didattica alle lingue, si chiede in risposta Gianni Ghisla? Si facciano. Le osservazioni che se ne possono trarre sono interessanti da diversi punti di vista. Intanto la questione delle lingue è difficilmente abordabile nei termini di una politica linguistica classista, visto oltretutto che una politica linguistica in Svizzera non sembra esistere. Che la politica di Zurigo e accolti tesa all'inglese "à tout prix" sia populista e rifletta gli interessi della classe media e dell'economia sarà anche vero, ma applicare questo schema a tutta la Svizzera significa non prendere atto dell'esistenza di altri orientamenti. Il problema è da porsi in termini di maggioranze e minoranze: infatti perché le minoranze apprendono meglio le lingue, in Svizzera come ovunque? Perché ovviamente hanno (necessariamente) un'altra disponibilità e operano

Wer einmal erlebt hat, wie junge Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer Lern- und Anpassungsprobleme den schulischen Alltag als ständiger Kampf ums (schulische) Überleben empfinden, im Rahmen eines Schüleraustausches in einer anderen Landesregion aufleben und den sprachlichen und kulturellen Zugang zu einer anderen Welt als Aufwertung und Bestätigung erfahren, der wird für die Argumentation von Philippe Perrenoud kaum Verständnis finden. Es geht nicht darum, solche Austausch Erfahrungen, die ohnehin noch kaum wirklich Eingang in die Tradition der Volksschule gefunden haben, zum "Deus ex machina" des Fremdsprachenunterrichts emporzustilisieren, aber sie haben für mancherlei Aspekte exemplarischen Charakter: Einmal zeigen sie auf, dass es didaktisch-organisatorische Möglichkeiten gibt, um den etwas gar phantasielosen L2-

Unterricht anders zu gestalten und auf attraktivere Bahnen zu lenken. Sodann erinnern sie uns daran, dass in diesem Land ein sprachlich-kulturelles Kapital vorhanden ist, welches wesentlich zu einer für die jungen Generationen wirklich bereichernde Erziehung und Bildung beitragen könnte. Leider liegt es weitgehend brach, da es auf allen Ebenen an Sensibilität und Entschlossenheit fehlt. Die schweizerischen Sprachgemeinschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten mehr in biederer und selbstgefälliger Genugtuung oder in kleinlichen, von den Medien geförderten Scharmützeln à la "Röstigraben" geübt, statt sich um die Ressourcen zu kümmern, die das Land anzubieten hat und den positiven Zugang zu den anderen Regionen zu suchen. Die Schule hat in diesen Jahren genau das getan, was von ihr erwartet wurde: Sie folgte diesem Trend.



Babylonia 1/1997, I Camuni.

in condizioni culturali ed economiche diverse.

Dunque l'apprendimento delle lingue non deve necessariamente sfavorire gli allievi deboli e svantaggiati. Molti esempi – si veda la pedagogia degli scambi o per progetti – mostrano come attraverso l'insegnamento linguistico si possano favorire proprio quei contatti umani e quelle aperture che altrimenti questi allievi non potrebbero mai vivere, benché sia un loro diritto. E proprio tali esperienze possono contribuire in modo incisivo a sviluppare quelle competenze di base che giustamente Perrenoud ritiene essenziali. In altri termini: la scuola può iniziare a rivedere il proprio insegnamento delle lingue per renderlo più vivo ed efficace. I mezzi e le idee cominciano ad esserci. Ma per far questo deve cambiare rotta didattica e rinnovare le strutture: non è più pensabile organizzare oggi degli apprendimenti sensati con modalità e dentro strutture sostanzialmente ottocentesche. E ancora: questi cambiamenti non riguardano ovviamente solo le lingue. Ciò che urge è un ripensamento complessivo. Le lingue l'esame di democrazia e didattica lo passano, magari non a pieni voti, ma lo passano. Il problema si pone ad un altro livello.



Babylonia 1/1993.

Kritische Argumente

Aber kehren wir zum Beitrag von Philippe Perrenoud zurück, der zu recht Fragen stellt und Probleme aufwirft, die der Debatte nur gut tun können. Perrenoud nimmt zur Kenntnis, dass man in der Schweiz eine erhöhte Bedeutung der Sprachen anstrebt und dies, wie auch vom Gesamtsprachenkonzept (Vgl. Babylonia, 4/1998) vorgeschlagen, u.a. mit der Einführung einer zweiten Fremdsprache in der Volksschule umsetzen will. Natürlich sei die Beherrschung von mehreren Sprachen ein legitimer Wunsch, es stelle sich jedoch eindringlich die Frage, wie realistisch, pädagogisch sinnvoll und politisch-kulturell wünschenswert dies sein könne. Perrenoud argumentiert kritisch auf drei Ebenen:

- Erstens führe die Einführung einer zweiten Fremdsprache zur Benachteiligung der schwachen Schülerinnen und Schüler, die aus kulturell und ökonomisch minderbemittelten Schichten stammen. Demzufolge ist eine Sprachpolitik, welche die Mehrsprachigkeit mit dem Erlernen von mehreren Sprachen in der Schule - an sich elitär -, und auf die Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse und Privilegien ausgerichtet.
- Zweitens sei es eine Illusion, von der Schule die Einführung einer dritten Fremdsprache zu verlangen, wenn es ihr offensichtlich nicht gelingt, das Erlernen einer zweiten in zufriedenstellender Weise zu garantieren. Die Schule verfüge nicht über die notwendigen Voraussetzungen, um Sprachenlernen effizient zu ermöglichen.
- Drittens sei es vernünftiger, auf die Einführung einer zweiten Fremdsprache zu verzichten, damit man sich auf die wesentliche Aufgabe der Volksschule konzentrieren könne, nämlich die Einübung von Basis- kompetenzen, die insbesondere den Kindern aus benachteiligten Verhältnissen zugute kommen können.

Perrenoud versucht also zuerst mit dem sozio-ökonomischen Modell der Klassengesellschaft als theoretischer Bezugsrahmen, Klarheit über die Realität der Schule und über ihre Reproduktionsfunktion bestehender Verhältnisse zu schaffen. Ob post-industrielle und post-moderne Realitäten noch mit diesem theoretischen Konstrukt sinnvoll eingefangen, interpretiert und verstanden werden können, sei zumindest in Frage gestellt.

Nur für Privilegierte?

Perrenoud geht jedenfalls davon aus, dass eigentlich nur die Mittelklasse, um den eigenen Bestrebungen nachkommen zu können, ein wirkliches Interesse an mehr schulisch vermittelten Sprachkompetenzen (v.a. an Englisch) hätte. Der Klasse der Privilegierten stünden nämlich ohnehin genügend Möglichkeiten offen, um zu den erwünschten kommunikativen Kompetenzen zu gelangen, und für die unteren Volksschichten seien Sprachen sicher weniger relevant als andere Grundkompetenzen. Liegt nun der schweizerischen Sprachpolitik ein solches Modell zugrunde und orientiert sie sich an die Bedürfnisse der Mittelklasse? Jedenfalls muss man differenzieren, auch weil eine effektive schweizerische Sprachpolitik schlicht nicht existiert. Was sich in den letzten Jahren gezeigt hat, sind verschiedene Stossrichtungen, wobei die entscheidende Rolle dem Druck der ökonomisch dominanten, von Zürich angeführten Kantone, die Englisch à "tout prix" durchsetzen wollen, zukommt. Die Zürcher Rhetorik mag tatsächlich populistisch und mittelklassenorientiert sein (U.a.: "Wir führen Englisch ein, weil die Familien es wünschen..."). Für die Bestrebungen jedoch, die im Zeichen der Mehrsprachigkeit und der multikulturellen Öffnung stehen, und sich auch dem Zürcher Diktat widersetzen, trifft dies einfach nicht zu. Allgemeine nationale Interessen, wie sie u.a. im Gesamt-

sprachenkonzept oder auch im Vor-entwurf zum neuen Sprachgesetz ansatzweise ihren Ausdruck finden, zielen auf eine kulturelle Öffnung und Bereicherung, die allen zugute kommen soll und die wichtige identitäre Merkmale der Schweiz fördern will¹. Sie folgen einem Paradigma, das sich durch kulturelle, demokratische und emanzipatorische Ansprüche legitimiert und durchaus eine sinnvolle Politik rechtfertigen kann, die nicht mit dem reduktivistischen Modell einer "Klassenpolitik" zu begreifen ist.

Der Wert von Minderheiten

Die Realität hierzulande verrät hingegen die Bedeutung von kulturellen und politischen Faktoren, die sich an der Dynamik zwischen Mehrheiten und Minderheiten aufzeigen lässt. Minderheiten erlernen und beherrschen bekannterweise die Sprachen besser als Mehrheiten. Dies gilt auch für die Bewohner der romanischen und der italienischsprachigen Schweiz, die sich allenfalls darüber beklagen, dass ihre Sprachen in der übrigen Schweiz einfach nicht ernst genommen werden. Dass in der deutschen und französischsprachigen Schweiz die Sensibilität nicht vorhanden ist, um Deutsch bzw. Französisch ansprechend zu erlernen ist, deutet auf eine folgenschwere kulturelle und politische Verkrustung hin. Die langweilige und intellektuell sterile Auseinandersetzung um den Röstigraben gehört in dieses Kapitel mangelnder Öffnung und clichéhafter Betrachtung der Schweiz, der sich auch Perrenoud nicht entziehen kann, zumal er ausschließlich auf der Achse Französisch-Deutsch (-Englisch) argumentiert. Diese Gedanken erlauben auch die These in Frage zu stellen, wonach für Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Schichten Fremdsprachen und insbesondere eine zweite Fremdsprache nur eine Belastung darstellen würden. Warum ist es möglich in der romanischen und in der italienischen

Schweiz zwei Fremdsprachen zu lernen, zwar nicht mit brillanten Resultaten, aber auch mit keinen nennenswerten negativen Folgen für die sogenannten schwachen Schülerinnen und Schüler? Vermutlich weil die politischen, die ökonomischen und die kulturellen Charakteristika einer Minderheit anders sind. Damit zeigt sich aber, dass die Frage nach einer zweiten Fremdsprache nicht primär eine didaktisch-pädagogische, sondern eine politisch-kulturelle Frage ist. Die Schule könnte durchaus die Erneuerungen vornehmen, die - sofern man vom Unterricht keine Wunder erwartet - zu einem sinnvolleren und effizienteren Erlernen der Sprachen nötig sind. Die Beispiele der Austausch- und Projektpädagogik weisen in diese Richtung. Dies kann allerdings nur im Rahmen einer umfassenden Reform stattfinden, denn etwa das Problem der mangelnden Effizienz, das von Perrenoud zurecht hervorhebt, trifft auf alle Fächer zu, auf die Fremdsprachen, auf die Mathematik u.a.. Im Zeitalter der globalen Kommunikation und der allgegenwärtigen Verfügbarkeit von Wissen, ist es kaum mehr denkbar, mit den Schulstrukturen und den Unterrichtsformen aus dem 18. Jahrhundert sinnvolle und wirksame Lernprozesse veranstalten zu wollen.

Wichtig ist, dass Fremdsprachenunterricht nicht zu einer instrumentellen Übung verkümmert und zur Aneignung von kalten, kommunikativen Kompetenzen reduziert wird. Fremdsprachen haben für sämtliche Schülerinnen und Schüler, vorausgesetzt es werden minimale Differenzierungsmaßnahmen getroffen, ein grosses kognitives und soziokulturelles Potential, das entscheidend zum Aufbau jener Grundkompetenzen beitragen kann, die Perrenoud zurecht als wichtig erachtet. Das eingangs erwähnte Beispiel eines Austauschs zeigt wie man Kindern aus minderbemittelten Schichten gerade jene kommunikative Möglichkeiten und

Zugänge zu anderen Welten anbieten kann, die ihnen ansonsten weitgehend oder völlig verwehrt würden. Damit würde gerade ihnen ein grundsätzliches Recht nach Öffnung und Kenntnis der Welt zugestanden, was nicht mit Wunschen oder Illusionen, sondern konkreten Ansprüchen zu tun hat. Damit könnten aber auch Kompetenzen wie Toleranz, Kritikfähigkeit, Kooperationsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Kommunikationsfähigkeit, usw. gefördert werden. Fremdsprachen sind aber auf die anderen Fächer bzw. auf die anderen Bildungsinhalte der Schule angewiesen. Eine solche Leistung kann nur im Verbund erbracht werden, was insbesondere für die sogenannte Mutter- bzw. Ortssprache gilt.

Ein gutes Zeugnis

Den Fremdsprachen könnten wir so in Sachen Demokratie und Didaktik getrost ein durchaus gutes Zeugnis ausstellen und davon ausgehen, dass die Volksschule sinnvoll zwei Fremdsprachen anbieten kann. Nebenbei gesagt: Bei den Minderheiten in der Schweiz geht es ja um das obligatorische Angebot von drei Fremdsprachen. Aber damit sind zwar die Voraussetzungen gegeben, die Problematik harrt jedoch immer noch einer Lösung: Ob man einer Landessprache die Priorität gegenüber dem Englischen geben soll und wie die "Muttersprachen" der vielen Schülerinnen und Schüler aus anderen Sprachgemeinschaften und Kulturen gebührend berücksichtigen soll ist eine politisch-kulturelle Entscheidung.

Anmerkung

¹ Es handelt sich übrigens um die gleichen Zielsetzungen des Europarates: Dreisprachigkeit im Sinne des Erlernens der Sprache des Nachbarn und einer grossen internationalen Umgangssprache.

Gianni Ghisla

ist Mitglied der Redaktion von *Babylonia*.